# Gesetz-Sammlung
für die
# Königlichen Preußischen Staaten.

## Nr. 4.




(Nr. 9432.) Gesetz betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der Preußischen Monarchie. Vom 18. Februar 1891.

**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc.**

verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, was folgt:

§. 1.

Die Insel Helgoland nebst Zubehörungen wird in Verfolg des Reichsgesetzes vom 15. Dezember 1890 (Reichs-Gesetzbl. S. 207) und in Gemäßheit des Artikels 2 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat, vom 1. April 1891 ab mit der Preußischen Monarchie für immer vereinigt. Mit demselben Tage treten daselbst die Preußische Verfassung sowie die Bestimmungen der nachstehenden §§. 2 bis einschließlich 10 in Kraft.

§. 2.

Das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) und das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) treten für Helgoland in Geltung.

§. 3.

Helgoland wird in Bezug auf die staatliche Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein und dem Kreise Süderdithmarschen, sowie für die Wahlen



Ausgegeben zu Berlin den 4. März 1891.

zum Hause der Abgeordneten dem diesen Kreis umfassenden Wahlbezirke zugetheilt, aber mit dem Kommunalverbande der Provinz und des Kreises nicht vereinigt.

Das in der Provinz Schleswig-Holstein geltende Recht über die Veröffentlichung der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tritt für Helgoland in Wirksamkeit.

§. 4.

Für die Insel Helgoland werden die in der Provinz Schleswig-Holstein den Landräthen zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten einem, auf Helgoland seinen Wohnsitz nehmenden Hülfsbeamten des Landrathes insoweit übertragen, als sie nicht von dem Landrathe des Kreises Süderdithmarschen selbst wahrgenommen werden. Die örtliche Polizeiverwaltung nach Maßgabe der für Helgoland in Kraft tretenden Verordnung vom 20. September 1867, betreffend die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landestheilen (Gesetz-Samml. S. 1529) und des dort ebenfalls in Geltung tretenden Gesetzes vom 23. April 1883, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen (Gesetz-Samml. S. 65), wird dem Landrathe und in dessen Vertretung dem Hülfsbeamten übertragen. Der Hülfsbeamte hat den dienstlichen Anweisungen des Landrathes Folge zu leisten.

§. 5.

Für Helgoland treten in Kraft:

1) der §. 6 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesetz-Samml. S. 45);
2) die Verordnung, betreffend die Organisation der Landgendarmerie in den neuerworbenen Landestheilen, vom 23. Mai 1867 (Gesetz-Samml. S. 777);
3) die Verordnung, betreffend die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, vom 11. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 277).

§. 6.

Helgoland bildet eine Landgemeinde nach Maßgabe der dort in Geltung tretenden Verordnung vom 22. September 1867, betreffend die Landgemeindeverfassungen im Gebiete der Herzogthümer Schleswig und Holstein, (Gesetz-Samml. S. 1603) und der ebenfalls dort in Geltung tretenden §§. 22 bis einschließlich 27 der Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 26. Mai 1888 (Gesetz-Samml. S. 139).

Die im §. 22 Absatz 2 und 4 a. a. O. geregelte Mitwirkung des Amtsvorstehers bei Bestätigung beziehungsweise Ernennung der Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter findet in Helgoland keine Anwendung und der Gemeindevorsteher wirkt dort hinsichtlich der Polizeiverwaltung — §. 26 a. a. O. — nicht als Organ des Amtsvorstehers, sondern als Organ des Landrathes und dessen Hülfsbeamten.

Die Verfassung der Gemeinde wird im Näheren durch ein Statut bestimmt, welches, nach Anhörung von Eingesessenen und des Kreisausschusses, vom Minister des Innern zu erlassen ist.

§. 7.

Die Gemeinde Helgoland ist berechtigt, an den vom Kreistage des Kreises Süderdithmarschen zu vollziehenden Wahlen der Mitglieder des Kreisausschusses und der für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Kreiskommissionen, sowie an den Wahlen der Abgeordneten zum Provinziallandtage durch einen von der Gemeinde zu wählenden Kreistagsabgeordneten theilzunehmen. Für die Wahl desselben gelten die Bestimmungen der §§. 82, 84, 91, 92, 93 Absatz 1 und 3, 95 und 100 der Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 26. Mai 1888.

Dem Kreistagsabgeordneten ist für die Theilnahme an den bezeichneten vom Kreistage zu vollziehenden Wahlen eine, seinen Auslagen entsprechende Entschädigung von der Gemeinde Helgoland zu gewähren.

§. 8.

Helgoland wird dem Bezirke des Amtsgerichtes in Altona zugelegt.

§. 9.

Die für Rechnung des Gemeinwesens in Helgoland zur Hebung kommenden Zölle, Steuern, Pachtgefälle, Abgaben, Taxen u. s. w. sind bis auf Weiteres fernerhin zu den Zwecken, welchen sie bisher gedient haben, zu verwenden.

Die Verwaltung der bezeichneten Einnahmen und die Verwendung derselben erfolgt unter staatlicher Leitung und Aufsicht.

Eine Zuständigkeit der Verwaltungsbeschlußbehörden oder der Verwaltungsgerichtsbehörden tritt hinsichtlich dieser Einnahmen, beziehungsweise Vermögensstücke und Ausgaben, solange nicht hinsichtlich derselben eine Auseinandersetzung zwischen dem Staate und der künftigen Gemeinde Helgoland stattgehabt haben wird, nicht ein.

Diese Auseinandersetzung bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

§. 10.

Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten erfolgt die im §. 10 der für Helgoland in Kraft tretenden Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetz-Samml. S. 205) vorgeschriebene Eintheilung der Urwähler in drei Abtheilungen nach Maßgabe der in Helgoland zur Hebung kommenden Einkommensteuer.

§. 11.

In der Provinz Schleswig-Holstein geltende, vorstehend nicht bezeichnete Landesgesetze können für Helgoland durch Königliche Verordnung in Kraft gesetzt werden.

Insoweit die Schonung der auf der Insel bestehenden Gesetze und Gewohnheiten es erheischt, können auf dem im Absatz 1 bezeichneten Wege, an Stelle einzelner Vorschriften der einzuführenden Gesetze, Uebergangsbestimmungen erlassen werden. Die Geltung solcher Bestimmungen erstreckt sich nicht über den 31. Dezember 1893.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, den 18. Februar 1891.

(L. S.) Wilhelm.

v. Caprivi. v. Boetticher. v. Maybach. v. Goßler. Herrfurth.
v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. v. Kaltenborn. v. Heyden.

---

(Nr. 9433.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Eupen, Cleve, Adenau, Coblenz, Meisenheim, Sobernheim, Bensberg, Mülheim am Rhein, Ratingen, Lennep, Remscheid, Wipperfürth, Wermelskirchen, Barmen, Elberfeld, Grumbach, Saarbrücken, Hermeskeil, Wadern, Trier und Saarburg. Vom 13. Februar 1891.

Auf Grund des §. 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im §. 48 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Eupen gehörige Gemeinde Hergenrath,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Cleve gehörige Gemeinde Cranenburg,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Adenau gehörige Gemeinde Cottenborn,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Coblenz gehörige Gemeinde Wallersheim,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Meisenheim gehörige Gemeinde Desloch,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Sobernheim gehörige Gemeinde Ippenschied,
für die zum Bezirk des Amtsgerichts Bensberg gehörigen Gemeinden Bensberg-Freiheit und Bensberg-Honschaft,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Mülheim am Rhein gehörige Gemeinde Heumar,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Ratingen gehörigen Gemeinden Lintorf und Großenbaum,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Lennep gehörige Gemeinde Fünfzehnhöfe, sowie für die in demselben Amtsgerichtsbezirk belegenen Bergwerke Antigone, Belisar, Bernoulli, Bernadotte, Bolivar, Balduin, Byron, Brücke, Condor, Cid, Cordelia, Cola Rienzi, Carolinagrube, Coriolan, Frohnhausen, Hochheimer, Haus Wittelsbach, Havelock, Hunyad, Hochdahl I, Hochdahl II, Hochdahl III, Hochdahl IV, Hochdahl V, Hochdahl VI, Hochdahl VII, Hochdahl VIII, Hochdahl IX, Hochdahl X, Hochdahl XI, Hochdahl XII, Hochdahl XIII, Hochdahl XIV, Hochdahl XV, Hochdahl XVII, Hochdahl XVIII, Hochdahl XX, Hochdahl XXI, Hochdahl XXII, Hochdahl XXVI, Hochdahl XXVII, Hochdahl XXVIII, Hochdahl LXVIII, Harald, Ismene, Jagello, Lyell, Manfred, Mittberg, Mathias Corvinus, Odin, Pombal, Plantagenet, Percy, Quenstedt, Ronsdorf I, Sten Sture, Sirius, Tasso, Tassilo, Torstensohn, Totilas, Tudor, Thusnelda, Tubalcain V, Tubalcain VI, Tubalcain VII, Tubalcain IX, Tubalcain XII, Tubalcain XIII, Vulcan III, Vulcan IV, Vulcan V, Wüste, Wladimir, Ziska, Conrad, Custozza, Hadrian, Lennep, Quaste, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep und Remscheid belegenen Bergwerke Ansgar, Hochdahl XIX, Rinaldino I, Rudolph, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep und Wipperfürth belegenen Bergwerke Bewer, Herweg, Pleuse, Platzhausen, Tancred, Winkelried, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep und Wermelskirchen belegenen Bergwerke Heinrichszeche, Herkules III, Vulcan II, für das in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep und Barmen belegene Bergwerk Hochdahl XXIII, für das in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep und Elberfeld belegene Bergwerk Hochdahl XXXII, für das in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep, Remscheid und Elberfeld belegene Bergwerk Westen, für das in den Bezirken der Amtsgerichte Lennep, Wermelskirchen und Remscheid belegene Bergwerk Hugo II, für welche Bergwerke die Grundbuchanlegung von dem Amtsgericht Lennep bewirkt wird,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wermelskirchen gehörige Gemeinde Dhünn,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Grumbach gehörige Gemeinde Deimberg,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarbrücken gehörige Gemeinde Güdingen,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Hermeskeil gehörigen Gemeinden Beuren und Damflos, sowie für die in demselben Amtsgerichtsbezirk

belegenen Bergwerke Königsfeld, Gusenburg, Eberswald, Eberswald II, Nonnweiler, Casteler Grube bei Spiller, Casteler Grube am Lehwald, Kell, Hermann, Emma, Hedert, Schillingen, Schillingen I, Schillingen II, Schillingen III, Schillingen IV, Schillingen VI, Mandern, Mandern I, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Hermeskeil und Wadern belegenen Bergwerke Erker und Barthold, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Hermeskeil und Trier belegenen Bergwerke Schöndorf, Süssenberg, Süssenberg I, Selmasegen, Selmasegen II, für die in den Bezirken der Amtsgerichte Hermeskeil und Saarburg belegenen Bergwerke Schillingen V, Schillingen VII, Schillingen VIII, Zerf III, für welche Bergwerke die Grundbuchanlegung von dem Amtsgericht Hermeskeil bewirkt wird,

am 15. März 1891 beginnen soll.

Berlin, den 13. Februar 1891.

**Der Justizminister.**

v. Schelling.

## Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

1) der Allerhöchste Erlaß vom 16. September 1890, betreffend die Verleihung des Rechts zur Chausseegelderhebung an die Gemeinden Beckum, Eisborn und Volkringhausen im Kreise Arnsberg für die in ihren Gemeindebezirken belegenen Strecken der Chaussee von Menden durch das Hönnethal nach Balve, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Arnsberg, Jahrgang 1891 Nr. 5 S. 29, ausgegeben den 31. Januar 1891;

2) der Allerhöchste Erlaß vom 22. Dezember 1890, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts sowie des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Schweidnitz für die von demselben zu bauende Chaussee von Schweidnitz über Würben, Eckersdorf und Saarau bis zur Grenze des Kreises Striegau, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau, Jahrgang 1891 Nr. 6 S. 47, ausgegeben den 6. Februar 1891;

3) das Allerhöchste Privilegium vom 29. Dezember 1890 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Schuldverschreibungen der Stadt Harburg im Betrage von 3 000 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Lüneburg, Jahrgang 1891 Nr. 7 S. 35, ausgegeben den 13. Februar 1891;

4) das Allerhöchste Privilegium vom 11. Januar 1891 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Spandau im Betrage von 1 100 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 7 S. 53, ausgegeben den 13. Februar 1891;

5) der Allerhöchste Erlaß vom 12. Januar 1891, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts sowie des Rechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Oels für die von demselben zu bauende Chaussee von Poln. Oberellguth über Pontwitz nach Bahnhof Gümmel, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 8 S. 59, ausgegeben den 20. Februar 1891;

6) der Allerhöchste Erlaß vom 14. Januar 1891, betreffend die Erhöhung des Zinsfußes der von der Stadt Hagen auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 17. Juni 1890 aufgenommenen Anleihe von $3\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Arnsberg Nr. 7 S. 39, ausgegeben den 14. Februar 1891.

---

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.